

Worpswede, Grasberg, Tarmstedt

Reaktionen auf Vermilion-Pläne

Energie-Unternehmen will in der Region nach Öl- und Erdgasvorkommen suchen

Landkreise Osterholz und Rotenburg. Die Firma Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG will in der Region nach Öl- und Erdgasvorkommen suchen. Dafür hat die Tochtergesellschaft eines kanadischen Konzerns, wie berichtet, beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) eine entsprechende Erlaubnis beantragt – und diese nun erhalten. Das LBEG hat dem Energieunternehmen zum 1. April das Erlaubnisgebiet "Unterweser I" zugeteilt. "Die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken ist auf zwei Jahre bis zum 31. März 2028 befristet", teilt LBEG-Sprecher, Eike Bruns, am Dienstag mit.

Das Erlaubnisfeld sei knapp 640 Quadratkilometer groß und erstrecke sich auf einer unregelmäßig geformten Fläche östlich um Bremen herum und reiche von Osterholz-Scharmbeck im Norden bis Achim im Süden, im Osten reiche das Feld bis fast nach Rotenburg (Wümme). Das LBEG hatte die betreffenden Kommunen schon im Februar informiert und um eine Stellungnahme bis März gebeten.

Der Bürgermeister von Osterholz-Scharmbeck möchte sich auch auf wiederholte Anfrage gegenüber der Redaktion nicht zu den Bohrungen äußern. "Bei diesem Thema ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) federführend", erläutert Torsten Rohde. "Aus diesem Grund bitte ich Sie, sich zuständigkeitshalber für weitere Auskünfte an das LBEG zu wenden."

Worpswedens Bürgermeister, Stefan Schwenke, ist indes wenig erstaunt darüber, dass ein Unternehmen erneut versucht, das Potenzial in der Region zu erkunden. "Nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit hat es mich nicht gewundert", so Schwenke.

Bis 2020 suchte Wintershall Dea

Vor einigen Jahren verfügte Wintershall Dea (heute Harbour Energy) im Gebiet "Unterweser" über Exklusivrechte zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen. Im Jahr 2020 verzichtete das Unternehmen jedoch auf dieses Recht, in dem damals rund 790 Quadratkilometer großen Gebiet nach Erdgas zu suchen. Als Grund nannte ein Unternehmenssprecher die Einschätzung, dass die Wahrscheinlichkeit, dort ein wirtschaftlich nutzbares Erdgasfeld zu entdecken, gering sei. Schon damals schlossen Beobachter nicht aus, dass andere Unternehmen zu einer abweichenden Bewertung der wirtschaftlichen Erfolgsaussichten gelangen könnten. Auch Schwenke hält die Förderung von Erdgas grundsätzlich für lukrativ. Bereits vor 50 Jahren sei im Teufelsmoor nach Erdgas gebohrt worden.

Seine Haltung zur Erdgassuche beschreibt Schwenke als zwiespaltig. Einerseits bestehe in der Bevölkerung der Wunsch nach Unabhängigkeit von russischem Gas, die Suche nach Erdgas vor der eigenen Haustür stoße jedoch auf Ablehnung – für ihn ein Widerspruch. Andererseits verweist er auf den Zusammenhang zwischen Erdgasförderung und Erdbeben und erinnert sich an die Beben im Erdgasfeld Völkersen: "Das ist beängstigend." Dennoch sieht der Bürgermeister zum jetzigen, frühen Zeitpunkt keinen Anlass, "Widerstand zu formieren". Zunächst solle das Vorhaben geprüft und der Politik zur Kenntnis vorgelegt werden, bevor über das weitere Vorgehen entschieden werde.

Deutlich kritischer äußert sich Grasbergs Bürgermeister Stefan Ritthaler. In seiner Stellungnahme an das LBEG habe er mit klaren Worten zum Ausdruck gebracht, was er von dem Vorhaben hält: "Der Tenor ist ganz klar: Bleibt weg aus unserer dicht besiedelten Region."

Zugleich berichtet er, dass er vom LBEG schriftlich darauf hingewiesen worden sei, es handle

sich nach deren Einschätzung um eine nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Angelegenheit. Ritthaler betont, wie wichtig ein frühes Signal seitens der betroffenen Gemeinden sei – seines sei bewusst deutlich und unmissverständlich ausgefallen. "Außerdem werden wir uns sicher wieder zusammenschließen und auch den Kontakt zu unseren Freunden von ‚No Moor Gas‘ aufnehmen." Die aktuelle Mitteilung des LBEG habe ihn an die Zeit erinnert, als "wir alle gemeinsam und auf verschiedenen Ebenen die Schlacht mit der Dea Wintershall geschlagen haben. Das war ein sehr motivierender Moment."

Grasbergs Verwaltungschef spricht sich unter allen Umständen entschieden gegen die Erdgasförderung aus – sowohl in seiner Gemeinde als auch in der umliegenden Region. "Es wird dabei im Wesentlichen um die Region Quelkhorn und weiter südlich gehen. Aber wenn dort die Erde bebt, dann tut sie es in Grasberg auch." Mit allen ihm in seinem Amt zur Verfügung stehenden Mitteln wolle er sich am Widerstand gegen die Erdgasförderung beteiligen.

Gleichzeitig gehöre zur Wahrheit, so Ritthaler, dass "wir alle eine grundsätzliche Mitschuld tragen". Der Ausbau erneuerbarer Energien sei ins Stocken geraten, unter anderem durch veränderte Rahmenbedingungen und zahlreiche Einwände, die Projekte verzögerten oder verhinderten. "Und irgendwo muss die Energie herkommen, die wir tagtäglich verbrauchen. Dass sich Unternehmen dann den günstigsten Weg suchen, um an Energie zu kommen, darf niemanden überraschen."

Für die betroffenen Kommunen handele es sich bei dem nun genehmigten Suchantrag von Vermilion zunächst um eine Formalie in einem sehr frühen Stadium des Verfahrens. "Im Grunde wollen die auch gar nicht, dass wir dazu etwas sagen – so jedenfalls liest sich das Schreiben. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt als Grundstückseigentümer und als Behörde für die Sondernutzung von Straßen noch einmal beteiligt. Unser Einfluss ist aber vergleichsweise gering." Als Bürgermeister sieht sich Ritthaler in der Verantwortung für rund 8000 Einwohnerinnen und Einwohner, von denen viele Sorgen hinsichtlich möglicher Luft- und Grundwasserverunreinigungen sowie Erdbeben hätten. "Diese Sorgen werde ich zusammenfassen und an geeigneter Stelle vortragen müssen."

Auch die Samtgemeinde Tarmstedt wurde um eine Stellungnahme zu den Plänen von Vermilion gebeten. Darauf wolle man jedoch verzichten, berichtet Bürgermeister Oliver Moje. "Wir sehen keine Chance, das Vorhaben zu verhindern. Deshalb nehmen wir die Informationen zur Kenntnis." Angesichts der "teilweise negativen Auswirkungen der Bohrungen" andernorts hoffe er jedoch, dass das Unternehmen bei möglichen Voruntersuchungen keinen Erfolg haben werde und keine Vorkommen finde.

Keine Einschätzung abgeben möchte hingegen die Stadt Achim, die ebenfalls im Feld "Unterweser" liegt. Sprecher Kai Purschke teilt lediglich mit: "Es handelt sich um ein laufendes und zudem nicht öffentliches Verfahren, an dem wir im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben beteiligt werden. Auskünfte können wir aus den genannten Gründen dazu aktuell nicht erteilen."

Irene Niehaus und Christian Valek

[Reaktionen auf Vermilion-Pläne](#)